



ver.di fordert Tarifvertrag Altenpflege in Niedersachsen

In keinem westdeutschen Bundesland verdienen Pflegekräfte weniger als in Niedersachsen. Das sagt nicht nur ver.di – auch der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann, gab dies kürzlich bekannt. Wieder einmal erklärten anschließend Arbeitgeber und Politik, dass sich dies ändern müsse. Auch Ministerpräsident Stephan Weil forderte höhere Löhne. Die in ver.di organisierten Pflegekräfte wollen nun Taten sehen und fordern einen landesweiten Tarifvertrag mit höheren Löhnen.

Die rund 105.000 Pflegekräfte in Niedersachsen leisten viel. Dabei erleben sie Personalmangel, Überlastung, anstrengenden Arbeitszeiten, körperlicher und psychischer Belastung. Einen gerechten Lohn erhalten sie dafür nicht: Je nach Arbeitgeber unterscheiden sich die Löhne und oft gibt es sogar innerhalb einer Einrichtung unterschiedliche Gehälter. Für die Mehrzahl der Beschäftigten gibt es keinen Tarifvertrag, sondern der Arbeitgeber legt einseitig die Löhne »nach Nase und Gutsherrenart« fest.

sachsen deutlich weniger verdienen als in vergleichbaren Ländern. Der durchschnittliche Monatslohn einer Pflegefachkraft liegt demnach in Niedersachsen bei 2.209 Euro. Im benachbarten Nordrhein-Westfalen sind es hingegen 2.692 Euro und damit fast 500 Euro mehr – pro Monat!

Wir wollen das ändern!

Tausende Pflegekräfte haben sich in ihrer Gewerkschaft ver.di zusammengeschlossen, um die Situation zu verbessern.

Kolleg/innen aus verschiedenen Einrichtungen kamen Anfang April in Hannover zusammen, um die ver.di-Forderungen zu beschließen.

Wir fordern:

- einen Tarifvertrag Altenpflege mit einheitlichen und höheren Löhnen für alle Pflegekräfte in Niedersachsen
- die Wohlfahrtsverbände AWO, Diakonie, Paritätischer, DRK und Caritas zu Verhandlungen über einen solchen Tarifvertrag auf
- der Tarifvertrag soll mindestens Regelungen über Löhne, Arbeitszeit, Zahl der Urlaubstage, Jahressonderzahlung (13. Monatsgehalt) und Zuschläge enthalten.
- Außerdem will ver.di, dass ein mit den Wohlfahrtsverbänden vereinbarter Tarifvertrag anschließend von der Landesregierung für »allgemeinverbindlich« erklärt wird. ▶

Schlusslicht Niedersachsen

Nicht nur, dass die Löhne unterschiedlich hoch sind. Die aktuelle Studie der Bundesregierung zeigt auch, dass Pflegekräfte in Nieder-



**Wir bringen den Stein
ins Rollen!**

Von nix kommt nix!

Eine solche Erklärung führt dazu, dass alle Arbeitgeber verpflichtet sind, den Tarifvertrag umzusetzen, auch wenn sie ihn nicht unterzeichnet haben.

Wann geht's los?!

Die ersten Wohlfahrtsverbände haben ihre Bereitschaft zu Tarifverhandlungen erklärt. Wir erwarten nun, dass weitere Arbeitgeber folgen und konkrete Tarifverhandlungen in den kommenden Wochen beginnen können. Reden und Bekennnisse reichen uns nicht – nun wollen wir wirkliche Verbesserungen.

Bist du dabei?

ver.di will keinen landesweiten Tarifvertrag um jeden Preis, sondern einen möglichst guten Tarifvertrag. Möglichst viele Beschäftigte sollen deutlich mehr bekommen und niemand weniger!

Um dieses Ziel durchzusetzen reicht es jedoch nicht, die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bringen. ver.di muss in den Verhandlungen auch durchsetzungsfähig sein.

Dies geht nur

mit vielen aktiven Pflegekräften in ver.di, die gegenüber den Arbeitgebern auch Druck machen können, wenn diese sich nicht bewegen. ■



Deshalb: Jetzt mit möglichst vielen Kolleg/innen in ver.di aktiv werden!

■ Beitrittserklärung

ver.di

Titel/Vorname/Name _____

Straße _____ Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in Beamter/in freier/r Mitarbeiter/in

Angestellte/r Selbstständige/r Erwerbslos

Vollzeit Teilzeit, Anzahl Wochenstunden: _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen)

bis _____ bis _____

Praktikant/in Altersteilzeit

bis _____ bis _____

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in Sonstiges: _____

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE61ZZ0000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

SEPA-Lastschriftmandat
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto über Lastschriftverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs.1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

BIC _____

IBAN _____

Ort, Datum und Unterschrift _____

Datenschutz
Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

■ Änderungsmitteilung

Staatsangehörigkeit _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße _____ Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

monatlicher Bruttoverdienst _____ Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe _____ Tätigkeits-/Berufs-jahre o. Lebensalterstufe _____

€ _____

gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise

monatlich vierteljährlich zur Monatsmitte

halbjährlich jährlich zum Monatsende

Titel/Vorname/Name vom/von Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend) _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!
Personalnummer _____

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:
Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen sätzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs.1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

Ort, Datum und Unterschrift _____

Mitgliedsnummer _____

Ich möchte Mitglied werden ab _____

0 1 2 0

Geburtsdatum _____

Geschlecht weiblich männlich

Ich wurde geworben durch:
Name Werber/in _____

Mitgliedsnummer _____

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft _____

von _____ bis _____

Monatsbeitrag in Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

www.mitgliedwerden.verdi.de